

Sagen, was Sache ist.



's Rote Füchsle

www.spd-ehingen.de

Nr. 203

erscheint monatlich

1. November 2010

Mitteilungsblatt des SPD-Ortsvereins Ehingen / Donau und Umgebung

Leute, die sich zu klug dünken, um sich in der Politik zu engagieren, werden dadurch bestraft, dass sie von Leuten regiert werden, die möglicherweise dümmer sind als sie selbst. (nach Platon)



Georg Mangold dreißig Jahre Stadtrat

Klärle Dorner

Was gibt's diesmal?

- 2 Liebe Leser/-innen!
Wir gratulieren | Impressum
- 3 Kontakte |
- 4 SPD-Berichte aus Berlin
- 5 Herzlichen Glückwunsch,
Herr Baumann!
Gerhard Müller zehn Jahre
unser Ortsvereinskassier
- 6 Schreiben an Herrn Tries
- 7 Protokoll Dienstagtreff Sept.
- 8 Protokoll Dienstagtreff Okt.
- 9 Damals im November
- 11 Notizen aus der Kreistagsarbeit
- 12 Schlechteste Landesstraße gesucht
- 13 Es stand vor 10 Jahren ...
(A)bgestimmt - wie?
M. Rivoir: Pers. Erklärung zu S21
- 14 (L)eserpost — Nachruf
- 15 (R)umgefragt
- 19 Tag der deutschen Einheit:
Können wir nicht feiern?
- 20 PAYXEN ΦΕΡΠΙΟΤΕΝ
50 Jahre Griechen in Ehingen
- 21 Absage an Sarkozy
- 22 Parteitagssplitter
- 20 Termine, Hinweise u. a. ■

Lieber Juri,

gerne habe ich in dieser Ausgabe des Roten Füchsles die Aufgabe übernommen, dir zu einem doppelten Anlass im Namen des Ortsvereins recht herzlich zu gratulieren und zu danken.

Es ist zum einen dein 60. Geburtstag. Es gibt viele Geburtstage im Leben, aber der 60. ist doch einer unter den besonderen. Das kann man nicht beschreiben, das muss man erleben. Was man kann, ist aber, dir zu diesem Runden ganz besonders zu gratulieren, persönlich und im Namen des Ortsvereins. Dieser wird dir beim nächsten Dienstagtreff noch ein kleines Geschenk überreichen, das zugleich Symbol für Glückwunsch und Dank ist.

Du wurdest am 11. Oktober 1950 in der bayerischen Nachbarschaft geboren. Insgeheim hängst du auch noch durchaus am Weißblauen, wie dein Autokennzeichen UL - NU ... verkündet. Warum auch nicht! Andererseits bist du längst auch ein echter Württemberger geworden. Du hast in Weingarten den Lehrerberuf studiert und warst dort schon bei den Jusos und in der Studentenverwaltung aktiv. Ja, du warst auch Mitglied im SPD-Ortsverein Weingarten und hast dich zur

weiter auf Seite 3 →→→

Adress-
Aufkleber

EU-D-89584 Ehingen / Donau und Umgebung



Liebe Leserinnen und Leser!

Vier Themen ganz unterschiedlicher Art prägen dieses Heft:

Unsere Urgestein Georg Mangold opfert seit 30 Jahren Zeit, Arbeit, wohl auch Geld und Nerven für seine Tätigkeit im Ehinger Gemeinderat. Das ist eine lange Zeit, und es war dort, bei den OBs, in der Öffentlichkeit und zuweilen auch in den eigenen Reihen nicht immer nur ein reines Zuckerschlecken. Und den 60er feierte er auch. (Seite 1 und 3)

Ehingen hat einen neuen Oberbürgermeister gewählt. Mit Alexander Baumann verbinden wir eine ganze Reihe von Hoffnungen, dass sich unter seiner Leitung vieles in der Stadt zum Besseren wenden möge - angefangen im eigenen Rathaus, im Gemeinderat und bei den vielen Menschen, die zu noch mehr ehrenamtlichem Tun schon lange bereit waren. Wir haben den neuen OB vor der Wahl befragt und seine Aussagen gewertet. Dies stand im letzten Roten Füchse. Jetzt ist dem neuen Mann im Amt zu wünschen, dass er eine glückliche Hand haben möge. (Seite 5).

Ja, und dann ist da immer noch und wieder das Thema "Stuttgart 21". Unser Ortsverein hat sich jetzt lange und intensiv damit beschäftigt, publizistisch vom Roten Füchse

unterstützt und begleitet. Wir haben von Anfang an jede Einseitigkeit vermieden und beiden Seiten Raum gegeben. Wir haben es sogar gewagt, auf den 20. Oktober zu einer Sitzung einzuladen, bei der Befürworter und Gegner des Projekts fair zu Wort kommen sollten. Diese Ergebnisoffenheit hätte den einen oder anderen Protagonisten noch schier gar verunsichert: Wir im Ortsverein Ehingen leben aber gut damit, dass wir ab und zu unterschiedlicher Meinung sind und halten genau das für gelebtes demokratisches Urverständnis. Deswegen zerfleischen wir uns noch lange nicht! (Seiten 13, 14 und 15ff).

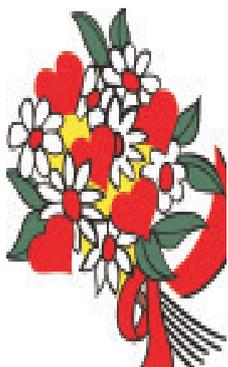
Integration - ein mögliches Wort des Jahres. Wir beschäftigen uns damit anhand von zwei örtlichen Ereignissen: Vortragsreihe an der Ehinger Moschee und Feier "50 Jahre Griechen in Ehingen". Beidesmal stellen wir uns auch kritische Fragen. (Seiten 11 und 20)

Gut machen muss ich persönlich auch noch etwas. Umsonst gespöttelt: Der Redakteur der Ehinger Schwäbischen Zeitung wusste schon, dass Griesingen selbstständig ist, nur nicht, dass unsere Ortsvereinsvorsitzende dort zu Hause ist. Also andersrum: Ein bisschen Irren ist auch bei mir menschlich. Sorry, Herr Wieschemeyer, und nix für ungut. ■

Ludwig Dorner

„Rund“ oder „höher“: Wir gratulieren diesmal ...

Geburtstag „rund“ = durch 5 teilbar, „höher“ = ab 70 Jahre
Mitgliedschafts-Jubiläen: „rund“ = durch 5 teilbar, „höher“ = ab 30 Jahre



Geburtstage				Mitgliedschafts-Jubiläen		
geboren am		wird	Eintrittsjahr	Jahre		
9.	11.	Susanne Keßler	35	1986	Hugo Klotz	42
				1971	Gottfried Beck	39

Meinungsbeiträge (bitte digital übermittelt) sind immer herzlich willkommen. Auf Wunsch kann die Redaktion auch die Ausformulierung von Stichworten übernehmen. Nachdruck ist unter Quellenangabe gerne gestattet - natürlich auch der örtlichen Presse!

Impressum: 's Rote Füchse wird monatlich vom SPD-Ortsverein EU-D-89584 / Donau (und Umgebung) herausgegeben.

Konto 601 280 008 Ehinger Volksbank (BLZ 630 910 10). Es erscheint jeweils zum Monatsanfang. Namentlich gekennzeichnete Beiträge stimmen nicht unbedingt mit Vorstand oder Redaktion überein. Titelgrafik, Logo: T. Berber. Gewählte Redaktionsmitglieder: Georg Mangold, Gerhard Tessin und Dieter Volgnandt. Gesamtverantwortung, Koordination, Konzeption, Layout, Satz sowie Datenpflege, Vertriebsvorbereitung und

Anschrift der Redaktion: 's Rote Füchse, Ludwig Dorner (LD), Höhenstraße 101, EU-D-89608 Griesingen, Fon 07391-6866, E-Mail

Rotes.Fuechsele@t-online.de * **Redaktions-Schluss ist jeweils am 5. des Vormonats** (Ausnahmen bitte nur nach Vereinbarung). DTP-Software:

Corel Ventura 10.0. Druck: Peletronia Medienbüro Erbach-Ersingen - Verteilung: Gerhard Tessin, K.+L. Dorner und eine treue Helfer(innen)schar. ■



Fortsetzung von Seite 1

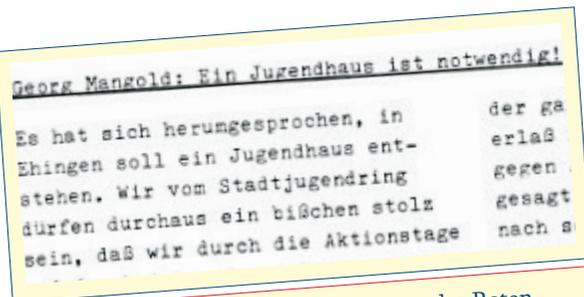
dortigen Kommunalwahl aufstellen lassen. Pech für Weingarten, denn du hast dein Studium nicht so lange hinausgezögert, dass du dort auch hättest politische Karriere machen können. Diese Chance wurde dafür der Stadt Ehingen zuteil. Seit 30 Jahren bist du hier Stadtrat. Dafür wurdest du im Gemeinderat öffentlich geehrt. Der Ortsverein gratuliert dir dazu ganz herzlich. Man kann nicht aufzählen, wie viel Zeit, Mühe, Aufwand usw. damit verbunden waren und sind. Gewiss hast du auch, als du zum Fraktionsvorsitzenden gewählt wurdest, nicht geahnt, dass man in "der Höhe" zuweilen auch ziemlich einsam ist. Wie gut, dass wir zwei uns da menschlich und politisch so gut verstehen und so gut harmonieren. Es ist längst auch eine tiefe Vertrautheit und Freundschaft daraus erwachsen. Dafür danke ich dir persönlich von ganzem Herzen.

Ich danke dir aber auch im Namen des Ortsvereins für alles, was du für die Umsetzung sozialdemokratischer Vorstellungen vor Ort tust. In vielem muss über Jahre und gar Jahrzehnte immer wieder nachgehakt und nachgebohrt werden. Und da warst und bist du unermüdlich.

Bei allem, was hier rühmend erwähnt wird, darf man nicht vergessen, dass du zugleich im Beruf deinen ganzen Mann stehst und schon viele Schülergenerationen an der Michel-Buck-Schule über die letzten Hauptschuljahre hinweg ins weitere Leben gefördert und begleitet hast. Dass du außerdem auch liebevoller Vater zweier Töchter und liebender Gatte bist, gehört ebenfalls zur Ehrung und Würdigung dazu.

Lieber Juri, meinen tiefen Dank und herzlichen Glückwunsch zu Geburtstag und Ehrung — und auf noch manches weitere Jahr,

Klara



Im Roten Fuchs (früher Vorgänger des Roten Fuchses, 1978): Georg Mangold fordert ein Jugendhaus.



2001: Jürgen Meyer MdB aufmerksam zugehört.



2001, OV-Sommerfest; nicht so allein, wie es hier aussieht ...

2004: Ausscheidende Gemeinderatsmitglieder verabschieden: Wolfgang Hänle, Walter Böttle und Christa Rinker (es fehlt Georg Schreiber)



Auch 2009 unermüdlich im Wahlkampf

Kontakte

Ortsvereinsvorsitzende **Klärle Dorner**,
Fon 07391-6866, Klara.Dorner@gmx.de;
stv. Vors. **Kerstin Hoffmann**, Riedlingen,
0 73 71 - 9 34 70 54; Fraktionsvorsitzen-
der (Gemeinderat Ehingen) **Georg Man-
gold**, Fon 07391-5 39 05,
Georg-Mangold@t-online.de

SPD-Kreisvorsitzende
Heidi Ankner;
ankner-blaustein@t-online.de

SPD-Regionalzentrum Poststraße7,
88400 Biberach, www.spd-rz-bc.de -
Fon 07351/ 5 87 57 90, Fax 0 7351-587

57 87 Büroleiterin Bruni Oehrke; Bru-
ni.Oehrke@spd.de; Regionalgeschäfts-
führer Ulrich Möhrle (01 51 - 17 86 47
80) - ulrich.moehrle@spd.de

Bürgerbüro **Martin Rivoir MdL**, Betreu-
ungs-Abgeordneter für den Alb-Donau-
Kreis; Söflinger Straße 145, 89077 Ulm,
Fon 0731/3989700, Fax 0731/ 3989701;
Martin.Rivoir@spd.landtag-bw.de;
Mitarbeiterin Susanne Nödinger

Abgeordnetenbüro **Hilde Mattheis MdB**,
Unter den Linden 50, 10117 Berlin, Fon
0 30 - 22 77 51 42, Fax 0 30 - 22 77 67
13, hilde.mattheis@bundestag.de;

Kerstin Krell, Markus Heckmann, Karl Pi-
berhofer (wissenschaftlicher Mitarbeiter)

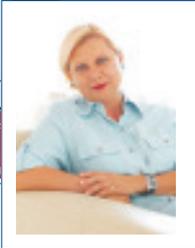
Wahlkreisbüro Hilde Mattheis MdB,
Söflinger Straße 145; 89077 Ulm,
Fon 07 31 6 02 67 71, Fax 07 31 - 6 13 21,
hilde.mattheis@wk.bundestag.de; Ingo
Bergmann - www.hilde-mattheis.de

Europa-Abgeordnete
Evelyne Gebhardt MdEP; Keltergasse 47,
74653 Künzelsau: 0 79 40 - 5 91 22;
EGebhardt.MdEP@T-Online.de;
www.evelyne-gebhardt.eu ■





SPD-Berichte aus BERLIN



Hilde Mattheis MdB informiert.
Die Auswahl besorgte die Redaktion.

Zum Gesetzentwurf einer Gesundheitsreform, den das Bundeskabinett am 22. Sept. 2010 verabschiedet hat, erklärt Hilde Mattheis:

Schwarz-Gelbe Gesundheitsreform geht ausschließlich zu Lasten der Arbeitnehmer und sozial Schwächsten

"Die sogenannte Gesundheitsreform von Schwarz-Gelb ist eine systematische Schwächung der Solidarität im Gesundheitswesen. Die Spaltung in eine Zwei-Klassen-Medizin wird weiter befördert statt bekämpft," erklärt Hilde Mattheis.

So wird bei den Mitgliedern der gesetzlichen Krankenkassen - und das sind 90 Prozent der Versicherten - bald doppelt abkassiert: Zum einen steigen die Krankenversicherungsbeiträge von 14,9

Prozent auf 15,5 Prozent. Zum anderen sollen Zusatzbeiträge in unbegrenzter Höhe möglich werden. Gleichzeitig werden die Krankenkassenbeiträge der Arbeitgeber eingefroren. Alle weiteren Kostensteigerungen müssen somit die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer alleine schultern. Zwar verspricht Gesundheitsminister Rösler einen steuerfinanzierten Finanzausgleich. Dieser wird aber sehr gering ausfallen und steht in keinem Verhältnis zur teuren Bürokratie, die dafür aufgebaut werden muss.

Die Bundesregierung schwächt die gesetzlichen Krankenkassen zu Gunsten der privaten Versicherungskonzerne. Zusatzversicherungen sollen nur noch bei privaten Krankenversicherungen abgeschlossen werden können; den Gesunden und

Gutverdienenden soll es noch leichter gemacht werden, in die private Krankenversicherung zu wechseln. "Das ist reine Klientelpolitik," kommentiert Mattheis. "Die Bundesregierung lässt die gesetzlich versicherten Menschen im Regen stehen und treibt die Privatisierung der Gesundheitsversorgung weiter voran."

Doch nicht nur die gesetzlich Versicherten gehören zu den Verlierern der Gesundheitsreform. Ausgerechnet bei den Hausärzten will die Bundesregierung 500 Millionen Euro einsparen. Bisher konnten sich Hausärzte in sogenannte Hausarztverträge einschreiben lassen und sich somit ein gewisses Einkommen sichern. Diese sollen ab 2012 wegfallen. Eine Mangel an Hausärzten - gerade in ländlichen Gebieten wie dem Alb-Donau-Kreis - ist somit vorprogrammiert. ■

Hilde Mattheis informiert sich über die Arbeit der psychologischen Beratungsstelle der Diakonie

Im Gespräch mit Florian Kienzerle (Leiter der Beratungsstelle) und Mitarbeiterinnen der Beratungsstelle wurde deutlich, dass insbesondere der ländliche Raum von einem Mangel an psychotherapeutischer Infrastruktur vor allem für Kinder und Jugendliche betroffen ist. Die Angebote der Beratungsstelle werden dem-

entsprechend stark angenommen. Diese Arbeit wird auch von den Kommunen bezuschusst. Ebenfalls tätig ist die Beratungsstelle in der Paar- und Lebensberatung; dafür gibt es keinerlei öffentlichen Zuschüsse mehr. Der Förderkreis der Beratungsstelle sammelt dafür Spenden.

Zwar sind die Angebote im Stadtkreis Ulm besser ausgebaut, jedoch besteht auch hier Ausbaubedarf, da die Fallzahlen in den vergangenen Jahren

stetig zunehmen. Wie Mattheis hinwies, zeigt sich, "dass insbesondere die niedrigschwelligen Angebote von besonderer Bedeutung sind". Als aktuelle Entwicklung wiesen die Mitarbeiterinnen der Beratungsstelle auch auf die Zunahme von Beratungen in schwierigen Lebenssituationen aufgrund von finanziellem Druck hin. "Dahinter stehen insbesondere die stark gestiegenen Zahlen von Familien in Armut", so die Mitarbeiterinnen. ■



Herzlichen Glückwunsch, Herr Baumann!

Zu Ihrer Wahl zum Oberbürgermeister der Stadt Ehingen gratulieren Ihnen auch der SPD-Ortsverein Ehingen (und Umgebung) und die SPD-Gemeinderatsfraktion ganz herzlich. Wir wünschen Ihnen allezeit eine glückliche Hand bei Ihrer Amtsführung.

Sie wissen, dass sich für uns mit dem neuen Oberbürgermeister Baumann wichtige Neuerungen verbinden. Wir wünschen uns, dass Sie Ihre außerordentlich positiven Aussagen zum Umgang mit dem gesamten Gemeinderat und der Ehinger Bürgerschaft dauerhaft in die Tat umsetzen. Wir wünschen und hoffen dabei auch, dass unsere Ortsvereinszeitung "s Rote Füchsele" künftig im Ehinger Rathaus nicht länger als geblockte E-Mail tabuisiert bleibt. Wir maßen uns nicht an, allezeit und zu jedem Thema den Stein der Weisen zu besitzen. Aber wir glauben, dass die über 200 Ausgaben zur demokratischen Kultur viel beigetragen haben.

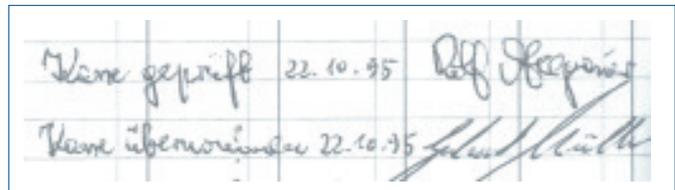
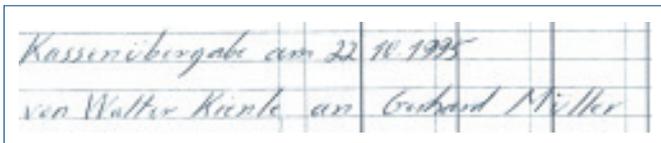
Es gibt einige kommunalpolitische (Teil-)Themen, bei denen wir mit Ihnen nicht ganz einig gehen: Wir haben mehrfach darüber diskutiert. Sie werden verstehen, dass wir weiterhin versuchen werden, unsere Ideen in die Gemeinderatsarbeit einzubringen. Wichtig ist: Es gab zwischen Ihnen und unseren Vorstellungen viele Gemeinsamkeiten. Da sichern wir Ihnen unsere Unterstützung zu — immer zum Wohle der Ehinger Bürgerschaft.

Und nun wünschen wir Ihnen und uns einen guten, einen sehr guten Neuanfang mit Ihrer Amtsübernahme.

Klärle Dorner (Ortsvereinsvorsitzende) — Georg Mangold* (Fraktionsvorsitzender)

*PS: Ich möchte mich ganz besonders für Ihre sehr persönlichen Glückwünsche zu meinem runden Geburtstag bedanken. Sie haben mich sehr gefreut. G.M. ■

Kasse überprüft - Kasse übernommen - Kasse seitdem getreulichst verwaltet



Gerhard Müller zehn Jahre unser Ortsvereinskassier

Es ist genau zehn Jahre her, dass Gerhard Müller von seinem Vorgänger die Führung der Ortsvereinskasse übernommen hat. Seitdem führt er sie gewissenhaft und getreulich. Waren es anfangs noch Mark und Pfennig, sind es jetzt Euro und Cent - und jedes Jahr bestätigen uns die Kassensprüfer, dass alles bis hinter's Komma genau stimmt. Die Arbeit des Kassiers, längst auch computerunterstützt, läuft selten im Licht der Öffentlichkeit ab, schon gar nicht, wenn wie bei Gerhard Müller alles in Ordnung ist.

Selbst die eigenen Ortsvereinsmitglieder - wenigstens soweit sie an der Jahreshauptversammlung teilnehmen - bekommen im Rechenschaftsbericht des Kassierers nur einen kurzen Überblick über Zahlungsvorgänge und Kontostände vermittelt. Auch 's Rote Füchsele berichtet lediglich knapp darüber. Zahlenwerk und Zahlenkolonnen wären nicht für alle gleich sexy ...

Und dennoch: Geld ist nicht alles, aber ohne Geld ist alles nichts. Die alte Weisheit gehört hier wieder einmal ausgesprochen: Wenn der Ortsverein kein Geld hätte, könnte er auch keine politische Arbeit verrichten. Wenn es keine Mitgliedsbeiträge und - vor allem - keine Spenden gäbe, hätte unsere örtliche SPD nichts zu bestellen und könnte einpacken. Wir haben anlässlich des zehnjährigen Kassiererjubiläums von Gerhard Müller also allen Grund, ihm einmal auch auf diesem öffentlichen und offiziellen Weg ganz herzlich für seine Arbeit am Ortsverein und, ja, auch an der Öffentlichkeit zu danken. Im Grundgesetz steht, dass die Parteien an der politischen Meinungsbildung mitwirken. Dies wird auch durch die Arbeit eines guten Kassenverwalters ermöglicht. Lieber Gerhard, hab herzlichen Dank für Zeitaufwand, Mühe und Sorgfalt und bleib uns bitte noch lange gesund und gewogen.

Klärle Dorner, Ortsvereinsvorsitzende ■



Klärle Dorner
Vorsitzende des SPD-Ortsvereins Ehingen/Donau (und Umgebung)
Höhenstraße 101
89608 Griesingen

Herrn
Manfred Tries
Röntgenstraße 10
89584 Ehingen

Ihr Schreiben vom 6. 7. 2010

- Ihr Glückwunsch zur 200. Ausgabe des Roten Fuchsles
- Ihre erneute Spende zum Weiterbestehen unseres Mitteilungsblatts

Die Verleihung des Bundesverdienstkreuzes an Sie

Sehr geehrter Herr Tries,

dieser Tage haben Sie mit der Verleihung des Bundesverdienstkreuzes eine verdiente Ehrung erfahren. Auch an dieser Stelle spreche ich Ihnen im Namen des SPD-Ortsvereins Ehingen die herzlichsten Glückwünsche dazu aus.

Sie wurden für Ihr gesellschaftliches Engagement zu Recht geehrt. Dazu gehört natürlich auch Ihre berufliche Lebensleistung, ein Unternehmen von bestem internationalem Ruf aufgebaut zu haben. Dieses Unternehmen besteht zum einen in der Hightech-Qualität der Produkte, die ich als Laiin höchstens ahnen kann, es besteht aber zugleich im Schaffen und Erhalten von Arbeitsplätzen sowie im Mittragen unternehmerischer Steuerlasten.

Es wird Sie bei einer Sozialdemokratin wie mir nicht verwundern, wenn ich bei der Würdigung Ihres Tuns auch hervorhebe, dass Sie Ihre Betriebsgebäude unter menschenfreundlichen und ökologischen Gesichtspunkten erbaut und eingerichtet haben. Deckenhohe Grünpflanzen mitten in der Werkshalle sind dabei ein zwar sichtbarer, aber keineswegs der einzige Teil dieses ganz besonderen Umweltkonzepts.

Als Lehrerin weiß ich und schätze ich sehr, dass Sie seit vielen Jahren jungen Menschen aus Ehinger Schulen auf ganz verschiedene Arten Hilfe zur Berufsorientierung und in der Berufsausbildung geben, und dass mancher junge Mensch bei Ihnen seine große berufliche Chance erhielt, von der er sonst vielleicht nicht einmal hätte träumen können. Wie Sie mir schon einmal sagten: Auch Indianer brauchen eine Chance, nicht nur die Häuptlinge.

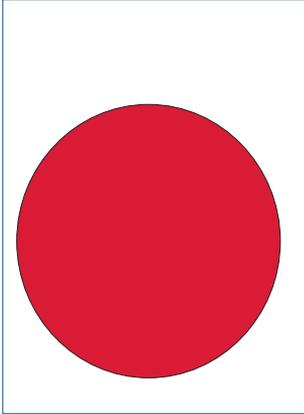
Ihr mit dem Bundesverdienstkreuz geehrtes bürgerschaftliches Engagement drückt sich auch in der tatkräftigen Unterstützung für unsere politische Arbeit vor Ort aus. In Ihrem Schreiben steht, dass Sie uns zur Ausgabe 200 des Roten Fuchsles gratulieren. Sie bezeichnen sich darin selbst als "interessierten Leser", der Sie in der Tat seit vielen Jahren sind. Und: "Dies wird auch zukünftig so sein. Immer wenn Georg Mangold meinen Briefkasten bedient, zählt das 'Rote Fuchsle' zu meiner Lektüre." Mehr können wir uns als Leserausage nicht erträumen.

Doch darüber hinaus haben Sie es wiederum nicht versäumt, dem Roten Fuchsle, diesmal als "Jubiläumsgeschenk", eine namhafte Finanzspritze zukommen zu lassen. Dafür danke ich Ihnen von ganzem Herzen. Beide Komponenten Ihrer Unterstützung sind uns Ansporn, mit unserer örtlichen publizistischen Arbeit weiterzumachen, solange die Kräfte reichen.

Ich danke Ihnen im Namen des Ortsvereins und besonders auch im Namen meines Mannes als dem Blattmacher des Roten Fuchsles von ganzem Herzen für Ihre große Unterstützung unserer Arbeit. Zugleich darf ich Ihnen wünschen, dass Sie noch lange bei guter Gesundheit an Ihrem Lebenswerk teilnehmen und gestalten und auch, dass Sie sich noch lange im Roten Fuchsle kundig machen können.

Mit meinen besten Grüßen

Klärle Dorner



Der Diens- Tags- Treff



Protokoll vom
7. September 2010

Stephanie Bernickel

Mein erstes Protokoll als stellvertretende Schriftführerin!

Wenn ich ehrlich bin, muss ich zugeben, dass mich diese Aufgabe zu Anfang doch ein wenig überfordert hat. Ich werde aber versuchen Euren Erwartungen gerecht zu werden und die besprochenen Themen und Inhalte so wiederzugeben, dass sich auch jeder, der nicht anwesend war, vorstellen kann, worüber wir diskutiert und uns unterhalten haben.

Ein Protokoll im eigentlichen Sinne dient dazu, Besprochenes festzuhalten, ohne dass der Protokollant dabei seine eigene Meinung in den Vordergrund stellt und die Meinung anderer bewertet. Daran möchte ich mich halten!

Unter der Rubrik Aktuelles ging es im September zum einen um die Aussagen Thilo Sarrazins und seinen eventuellen Parteiausschluss und zum anderen um das Thema Stuttgart 21.

Thilo Sarrazin wurde nur kurz angesprochen, aber die Kernaussage, der sich alle Anwesenden anschließend konnten, war, dass es für uns doch fast unbegreiflich war, welche Akzeptanz Sarrazins Thesen zur "gescheiterten" Integration in

der Gesellschaft haben.

Beim Thema Stuttgart 21 spiegelte sich auch in unserer Runde die Unentschlossenheit vieler in unserer Gesellschaft wider. Befürworter auf der einen und Gegner auf der anderen Seite.

Inhaltlich ging es in der Diskussion weniger darum, den "anderen" von seiner Meinung zu überzeugen als mehr darum Fakten auszutauschen.

Wir waren uns einig, dass die Informationspolitik der Landesregierung eindeutig als mangelhaft zu bewerten ist. Wären sich die Verantwortlichen vor Baubeginn ihrer Verantwortung zur Informationsweitergabe an die Bevölkerung bewusst gewesen, wären die Proteste wahrscheinlich nie so eskaliert. Auch die Entscheidung der Landes-SPD, die Bürger über das Großprojekt in Form einer Volksabstimmung entscheiden zu lassen, fand große Zustimmung. Insbesondere im Hinblick auf die bevorstehende Landtagswahl sei dieser Weg eine elegante Lösung, die Wählergunst nicht ganz zu verlieren.

Zusammenfassend noch einige Fragen, die im Laufe der Diskussion immer wieder aufkommen sind:

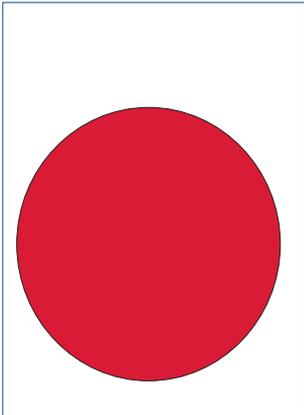
- Ist es nicht eine einmalige

Chance für das Land Baden-Württemberg, auch mal eine Großinvestition im eigenen Land zu haben und nicht nur durch den Länderfinanzausgleich Projekte in anderen Bundesländern zu finanzieren?

- Werden die geplanten Gespräche zwischen Gegnern und Befürwortern ein positives Ergebnis haben?
- Soll an Stuttgart 21 festgehalten werden, wenn mögliche Kostenexplosionen bekannt werden?
- Was passiert mit dem Wirtschaftsstandort Ulm, wenn der Ausbau der Strecke Ulm-Wendlingen nicht umgesetzt wird?

Als Hauptthema ging es noch einmal um unsere Prüfsteine zur OB-Wahl am 10. Oktober. Es wurde beschlossen, folgende Themen in einer kleineren Gruppe zu bearbeiten: Stadtentwicklung, Bürgerbeteiligung, Alt werden in Ehingen, Familien und Kinder & Bildung. Die Ergebnisse und die ebenso beschlossene Veröffentlichung unserer Prüfsteine in der Ehingen Presse konnten Ihr im vergangenen Roten Fuchsle sowie in den beiden Tageszeitungen finden.





Der Diens- Tags- Treff



Protokoll vom
5. Oktober 2010

Dieter Volgnandt

Mit dem Protokoll vom Dienstagstreff verhält es sich üblicherweise folgender- maßen:

Am Dienstag treffen sich alle, die der SPD noch die Stange halten, im Schwert, wo sie sich dann aussprechen und dem Wirt zu einem kleinen Umsatzplus verhelfen. Und dann wartet der Chefredakteur unserer Ehinger Linkspostille, dass der Schriftführer - in diesem Falle meine bescheidene Überflüssigkeit - bis zum folgenden Wochenende die paar Zeilen in die Tasten gehauen hat und sie ihm per E-Mail von Nasgenstadt auf seinen Rechner nach Griesingen schickt*.

Heute ist Sonntagmorgen und ich sitze wie versprochen an meinem Schreibtisch und überlege mir, ob ich denn nun vor oder nach der Wahl zu schreiben anfangen. Das ist auf den ersten Blick an sich eine überflüssige Frage, denn schon vor der Wahl steht fest, was nach der Wahl erst amtlich verkündet wird, weshalb ich an dieser Stelle schon einmal vorab Alexander Baumann, dem neuen Oberbürgermeister von Ehingen gratulieren darf, was dann, wenn das Rote Fuchsle erschienen ist, wieder

eine Gratulation im Nachhinein sein wird. Etwas länger draufgeschaut und nachgedacht scheint die Frage dann doch nicht so überflüssig, schließlich hatte die SPD am Dienstag auch über diese Kommunalwahl beraten. Dabei wurden die Genossen zur aktiven Teilnahme an der Wahl aufgerufen. Nachgefragt, was dies bei der Unzahl von OB-Bewerbern auf der Liste - selbst mit der größten Lupe finde ich immer nur einen - zu bedeuten habe, konnte sich die OV-Vorsitzende nicht gerade zu einer Wahlempfehlung für Baumann durchringen, aber man ließ allenthalben durchblicken, dass dem OV ein Baumann als neuer Oberbürgermeister im Großen und Ganzen sehr willkommen wäre. Schließlich ist Nomen das Omen oder das Amen, wie man will, und wenn ein Krieger geht und ein Baumann kommt, dann sei das doch schon was, zumindest im Sinne friedensstiftender Bau-Maßnahmen und das Rote Fuchsle dürfte dann bestimmt auch wieder im Rathaus gelesen werden.

Und dass dieser neue OB sich im Sinne aller hochheiligen demokratischen Grundverständnisse eben auch aus einer

breiten Wahlbeteiligung heraus legitimiere, wofür wir uns wiederum nicht verweigern sollten. Aber jetzt weiß ich noch immer nicht, ob ich mich zur Wahl aufrufen soll oder besser zu Hause bleibe. Draußen herrscht schönstes Wetter, ein richtiger Wahlsonnenscheinsonntag und wenn ich jetzt rüberginge zum Wahllokal im Kindergarten, könnte ich vielleicht die nette Frau Nachbarin zu einem Schwätzchen treffen, mein Kreuzchen machen oder auch nicht, oder einen anderen Namen drauf schreiben, vielleicht den von der netten Frau Nachbarin, die mir das letzte Mal beim Edeka den wertvollen Tipp mit dem 2-Euro-Stück gegeben hat, - die würde sich wenigstens in Finanzfragen auskennen, - oder soll ich nur einen leeren Zettel abgeben, und mich dann vom Acker machen, dann hätte ich es hinter mir und ich könnte im Roten Fuchsle schreiben, ich hätte mich rot geärgert und schwarz gewählt und so weiter und so weiter.

Bis jetzt hat mir auch noch keiner aus keinem Lager erklärt, warum sich denn niemand aus der Deckung getraut hat und sich hat aufstellen lassen als Gegenkandidat. Denn das wäre die richtige demo-

* Gäß's Rohrpost statt Mail, könnte man sich gegenseitig noch Most, Käs' und Schwartenmagen zukommen lassen ;-)))





kratische Legitimation für den neuen Oberbürgermeister gewesen, dass er sich erfolgreich durchgesetzt hat gegen eine Reihe von Herausforderern, um dann der Oberbürgermeister von allen Bürgern der Stadt zu werden. So aber ist die Wahl eine Farce und schuld daran sind leider nicht die anderen. Und Parteien, die diesen politischen Gestaltungswillen aufgeben, haben sich eigentlich schon selbst die Sterbesakramente gereicht.

Aber vielleicht verhält es sich mit der OB-Wahl genauso wie mit Stuttgart 21 oder mit Sarrazin und Hartz IV. Man ist vorher für das eine nicht so richtig und macht dann hinterher einen Schwenk und ist dann aber nicht so richtig dagegen wie jetzt bei Stuttgart 21. Auch da komme ich aus dem Staunen nicht mehr heraus. Jetzt soll eine

Volksbefragung richten, was vorher auch mit Unterstützung der SPD abgeseget längst schon in trockenen Tüchern war.

Mehr Demokratie muss immer im Vorfeld stattfinden, nicht hinterher. Man verstehe mich recht: Ich war als Ur-Stuttgarter nie ein so rechter Befürworter des Projekts; vor allem, wenn es um den Erhalt des alten Bahnhofs ging, hätte ich mir sehr gern geeignete Alternativen gewünscht. Aber das ist nun mal entschieden und durch die Gerichte, warum also jetzt dieser abrupte Schwenk? Wäre es jetzt - gerade angesichts der Misere mit dem VfB, der nächstes Jahr - so hat mir ein wirklicher VfB-Intimus gestern verraten - in der zweiten Liga spielen dürfte, so dass sie uns in München mit Spott und Hohn übergießen - wäre es

angesichts dieser verzweifelten Lage nicht schon aus sportlichen Gründen angeraten, den Bahnhof und die neue Tunnelführung so schnell wie möglich zu bauen, damit wir Stuttgarter eines Tages die Münchner fragen: Zuckelt ihr immer noch mit der S-Bahn zum Erdinger Moos oder habt ihr den FJS-Flughafen da draußen endlich stillgelegt?

Und Alexander Baumann, unseren neuen OB, den beharren wir so lange, bis er selbst zum Spaten greift und den Bau zur Anschlussstrasse nach Erbach in Angriff nimmt. Dann kann ich endlich von Ehingen abends ins Theater nach Stuttgart gehen und vor Mitternacht wieder zurück sein. Übrigens: Ich gehe jetzt mal rüber zum Wahllokal, natürlich nur aus reinster Neugier. ■



Damals im November

Gerhard Tessin

Vor 90 Jahren (1920:) Erste Völkerbundversammlung

In Genf trat zum ersten Mal die Bundesversammlung des Völkerbundes zusammen (15.11.).

Delegierte aus 42 Staaten nahmen teil. Neben Deutschland und Russland fehlten vor allem die USA, obwohl deren Präsident Woodrow Wilson der Initiator der Friedensorganisation war. Er konnte die

Amerikaner nicht zu einem Beitritt gewinnen. Wilsons Idealismus scheiterte schon bei den Friedensverhandlungen in Versailles an der Machtpolitik der europäischen Siegermächte, die auch den Völkerbund weithin zu einem Mittel ihrer Interessen machten. Er scheiterte ebenso an dem herkömmlichen Isolatismus der USA, deren Öffentlichkeit nicht begriff, dass sich die USA der Weltpolitik, die sie durch ihre Teilnahme

am Ersten Weltkrieg entscheidend beeinflusst hatten, nicht mehr entziehen konnten. Die in der Satzung festgelegte Förderung der Zusammenarbeit unter den Nationen war deshalb von Beginn an eingeschränkt durch das Fehlen dieser und weiterer Staaten. Bei dieser ersten Versammlung gab es bereits Streitigkeiten. Etliche Mitgliedsstaaten bemängelten, dass der Völkerbund in der jetzigen Gestalt ein Werk der Sieger sei und



■ ■ ■ Fortsetzung von Seite 9

forderten Satzungsänderungen. Dies wurde von Frankreich strikt abgelehnt. Daraufhin erklärte Argentinien seinen Austritt. Der Bund installierte in dieser Versammlung diverse Kommissionen und verhandelte über die Einrichtung eines Internationalen Ständigen Gerichtshofes. Positiv entschieden wurden die Aufnahmeanträge Österreichs, Bulgariens und Albaniens.

Die Satzung des Völkerbundes wurde am 29.4.1919 als Teil I des Friedensvertrages in Versailles beschlossen. Der Bund sollte eine Organisation des Friedens und der Sicherheit sein. Streitigkeiten sollten durch den Ständigen Haager Internationalen Gerichtshof beigelegt werden. Der Völkerbund war jedoch nicht in der Lage, alte Gegensätze zu beseitigen. Das Ergebnis des Friedensvertrages barg teilweise erneuten Zündstoff. Durch den Nichtbeitritt der USA fehlte eine führende und auf Ausgleich bedachte Macht. Deutschland wurde 1926 Mitglied, trat aber 1933 wieder aus. Japan war bis 1932 Mitglied, Italien bis 1937, die UdSSR ab 1934. Die höchste Mitgliederzahl war 59. Der Völkerbund wurde 1945 durch die Vereinten Nationen ersetzt.

Vor 50 Jahren (1960): Kennedy gewählt

Die Bürger der Vereinigten Staaten wählten am 9.11. den 43jährigen Kandidaten der Demokraten John F. Kennedy als Nachfolger des nach zwei Amtszeiten ausscheidenden

Dwight D. Eisenhower zum 35. US-Präsidenten. Kennedy gewann mit dem knappsten Stimmenvorsprung seit 1884. Er kam auf 49,7 % der Stimmen, sein Kontrahent der Republikanischen Partei Richard Nixon erhielt nur unwesentlich weniger, nämlich 49,6 %. Bedingt durch das amerikanische Wahlsystem - entscheidend sind die Stimmen der Wahlmänner - wurde Kennedys Sieg deutlicher. Nach dem Ergebnis der 50 Bundesstaaten gingen von 537 Wahlmännern 300 an ihn und 219 an Nixon, der Rest an Splitterkandidaten.

Kennedy, seit 1952 Senator des Staates Massachusetts, hatte irische Vorfahren und wurde der erste katholische Präsident der USA. Sein Vater, der Millionär Josef Kennedy, war ein einflussreicher Mann in der Demokratischen Partei. Er hatte schon Franklin D. Roosevelt in dessen Wahlkämpfen unterstützt.

Vor 40 Jahren (1970): De Gaulle gestorben

Kurz vor Vollendung seines 80. Geburtstages starb auf seinem Landsitz Colombey-les-deux-Églises Charles de Gaulle, der französische Ex-Präsident und Brigadegeneral a.D. (8.11.). Der 1890 in Lille geborene de Gaulle war Offizier im I. Weltkrieg. Nach der Kapitulation Frankreichs 1940 rief er von London zum Widerstand auf. Als Gründer des Komitees "Freies Frankreich" war er der Kopf der französischen Widerstandsbewegung gegen die deutschen Besatzer. 1943 argierte er von Algier aus als

Präsident des Französischen Komitees der nationalen Befreiung. Als Chef der provisorischen Regierung zog er 1944 in das befreite Paris ein. Im Konflikt mit den wiedergegründeten Parteien trat er 1946 als erster Ministerpräsident der IV. Republik zurück und gründete die gaullistische Sammlungsbewegung RPF (Rassemblement du peuple français). Nach Rücktritt der Regierung Pflimlin übernahm er 1958 erneut das Amt des Ministerpräsidenten und ließ über eine neue Verfassung abstimmen, die u. a. einem Staatspräsidenten mehr Machtbefugnisse übertrug. Mit de Gaulles Wahl zum Präsidenten einige Monate später begann die V. Republik. Seine Vision war ein eigenständiges Europa unter französischer Führung. In seiner Amtszeit wurde Frankreich selbstständige Atommacht (Force de frappe) und ging auch im Militärbündnis einen Sonderweg. Das Land schied 1964 aus der militärischen Integration der NATO aus. Der Vertrag über die deutsch-französische Zusammenarbeit, den de Gaulle mit Konrad Adenauer 1963 auf den Weg brachte, gilt als Auftakt der Versöhnung beider Völker. Ab 1967 geriet de Gaulle zunehmend in innerpolitische Schwierigkeiten, die sich mit den Studentenunruhen und Streiks 1968 zur Krise ausweiteten. Nach einem gescheiterten Referendum über eine Verfassungsreform, das er auch zu einer persönlichen Vertrauensfrage gemacht hatte, trat Charles de Gaulle am 28.4.1969 zurück.





Besuch bei der Ehinger Moschee

Integration - eine gemeinsame Aufgabe für alle Betroffenen

Klärle Dorner

Nicht erst seit Sarrazin weiß man, dass das Thema Integration eine Aufgabe ist, die sehr schwer zu bewältigen ist. Und da war sein Beitrag nicht gerade sehr hilfreich dabei. Im Ehinger Tagblatt wird am 15. Oktober unter der Überschrift: "Kein Wille, kein Weg" über die Arbeit des Arbeitskreises Integration berichtet. Hier werden gute Ansätze und Projekte aufgeführt - unter anderem das Projekt aus Ehingen: "Hand in Hand - Für die Zukunft unserer Kinder". Zu Recht, wie ich meine, wengleich sich mir einfach ein paar Fragen aufdrängen, dazu aber erst später.

Vorgestellt wurde das Projekt übrigens am Kermesfest ("Kirbe") am 3. 10. in der Ehinger Mevlana-Moschee. Sicher ein gut gewählter Zeitpunkt und Ort - weil inzwischen dieses Fest eine ungezwungene Möglichkeit zur Kommunikation bietet. Im Flyer verwendet OB Krieger die Anrede "Liebe Bürgerinnen und Bürger" und verweist darauf, dass es das Ziel sein soll, Rahmenbedingungen zu schaffen, um Ehingen für Familien und Kinder lebens- und liebenswert zu machen sowie ein harmonisches Miteinander der Generationen und Kulturen zu ermöglichen. Es steht wörtlich "Kulturen" darin.

Es war sehr feierlich. Danach genossen wir noch das lebhafteste Treiben auf dem Gelände. Kerstin Hofmann und ich wurden von vielen Eltern und Kindern persönlich oder durch freudige Zurufe begrüßt.

Nun freue ich mich zwar schon, dass dieses Projekt die Absicht hat, Eltern mit türkischer Muttersprache über verschiedene Themen, die alle unsere Kinder betreffen, zu informieren. Die

Themen sind:

- Wie funktioniert das deutsche Schulsystem?
- "Kids online" - Chancen und Gefahren neuer Medien
- Die richtige Sprachförderung im Elternhaus
- Erziehung - Herausforderung und Chance
- Grundlagen einer gesunden Ernährung.
- Die Vortragsreihe soll mit einem Kinderfest abschließen.

Das sind allesamt Themen, die durchaus ihre Berechtigung haben. Aber:

- Warum finden diese Veranstaltungen ausschließlich in der türkisch-islamischen Moschee statt?
- Warum werden diese Vorträge eigentlich ins Türkische übersetzt, nachdem es seit 50 Jahren türkische und türkischstämmige Mitbürger/-innen in Ehingen gibt und viele ausreichend bis sehr gut Deutsch sprechen. Die meisten übrigen müssten es eigentlich auch längst können, wenn sie schon Jahre und Jahrzehnte hier leben. Wie sollen wir solche Eltern überzeugen, dass sie die Schul-Sprache ihrer Kinder lernen müssen, wenn sich für sie selbst keine Notwendigkeit im Alltag ergibt?
- Waren zu dieser Eröffnung auch Vertretungen anderer Migrantenvereine eingeladen? Oder haben diese keine Fragen zu diesen Themen? Werden für diese ebenfalls entsprechende Vorträge geplant?
- Waren auch Elternvertretungen verschiedener Schulen eingeladen? Und wenn ja, wo waren diese?
- Wie erfahren Eltern überhaupt von dieser und ggf. ähnlichen Veranstaltungsreihen?

Nachdem die Zielgruppe diesmal die türkisch-islamische "Gemeinde" war, verwundert es

mich schon, dass sich auf deren Website bis heute **keinerlei Text oder Bild** dazu findet, obwohl die "Kermes" sonst mit zahlreichen Bildern dokumentiert ist. (Stand 17. 10. 2010). Wird damit die eigene Ausgrenzung gewollt (??) praktiziert? Leisten wir als Mehrheitsgesellschaft nicht gerade durch solche auf eine einzelne Bevölkerungsgruppe beschränkte Projekte ungewollt (??) wiederum Vorschub für das Weiterbestehen von Parallelgesellschaften?

Teilhabe an der Gesellschaft im Sinne von mündige/-r Bürger/-in stelle ich mir anders vor.

Wir haben nicht den Mut zu fragen: "Was tragt ihr zur Integration bei?" Und die Migranten haben oft nicht den Mut zu sagen: "Wir wollen dazugehören!" Lasst uns gemeinsam daran arbeiten.

Link: <http://oeroguz.de/integrationsbericht-der-bundesregierung-vorgelegt/2389/1/>
(Siehe auch Seite 20) ■



Holterdipolter!

SPD und ACE suchen die schlechteste Landesstraße in Baden-Württemberg

Martin Rivoir (SPD): "Jetzt haben die Bürger die Möglichkeit, auf die Verkehrsprobleme hier im Landkreis aufmerksam zu machen." Die SPD-Landtagsfraktion Baden-Württemberg sowie der Auto Club Europa (ACE) suchen, gemeinsam mit einer unabhängigen Jury, die schlechteste Landesstraße Baden-Württembergs.

Das Ziel des Wettbewerbs ist schnell erklärt. Auf Druck der SPD-Landtagsfraktion musste die Landesregierung wiederholt eingestehen, dass ein Großteil der Landesstraßen als überaus sanierungsbedürftig eingestuft werden muss. Bei 25 Prozent gilt der Zustand zwar als "sehr gut", bei 31 Prozent als "gut bis mittelmäßig". Doch 17 Prozent werden als "sehr schlecht" eingeschätzt, gar 27 Prozent noch als "schlecht". Damit sind 44 Prozent der Landesstraßen in einem so schlechten Zustand, dass sie dringend von Grund auf saniert werden müssten.

Martin Rivoir: "Es ist eine Bankrotterklärung für ein Verkehrsministerium, wenn es nicht für den Erhalt der eigenen Straßen sorgen kann".

Das jahrelange Flickern, das notdürftige Ausbessern von Schlaglöchern, Rissen und Absenkungen führe zu dauerhaften Schäden und sei letztlich teurer als eine grundlegende Erneuerung. "Diese absurde Politik hat dazu geführt, dass viele Bürger heute über Rumpelpisten durchs Land hol-

pern", sagt Rivoir.

Mit ihrem gemeinsamen Wettbewerb "Holterdipolter" wollen SPD-Landtagsfraktion und ACE auf diese Verhältnisse aufmerksam machen und für Verbesserungen eintreten. Ziel der Aktion ist, die schlechteste Landesstraße Baden-Württembergs aus möglichst vielen Einsendungen zu finden und zu benennen. In Nebenkategorien soll zudem erstens der am längsten versprochene, aber nicht realisierte Neubau, zweitens die am längsten ausstehende Sanierung einer Landesstraße in Baden-Württemberg und drittens der Kreis mit den im Durchschnitt schlechtesten Landesstraßen gekürt werden.

Martin Rivoir ruft die Bürger daher auf, bis zum Einsendeschluss am 24. Oktober über Online-Fragebögen oder über Facebook Vorschläge an die Jury zu liefern.

"Damit haben wir endlich die Möglichkeit, die Landespolitik auf unsere schlechten Straßen hier im Kreis aufmerksam zu machen", so Abgeordneter/Kandidat.

Am 18. und 19. November wird es eine Tour der Jury zu

den zehn schlechtesten Landesstraßen mit vor-Ort-Besichtigungen geben. Martin Rivoir: "Beim Zustand der Straßen hier im Kreis bin ich mir sicher, dass wir mit einer Straße in die Endauswahl kommen."

Am 30. November verkünden Nils Schmid, Fraktionsvizechef und designierter Spitzenkandidat, sowie Wolfgang Rose, Vorsitzender des ACE, gemeinsam mit der Jury auf einer Pressekonferenz in Stuttgart den "Sieger", also die Landesstraße mit dem größten Sanierungsbedarf in Baden-Württemberg.

Die Teilnahme am Wettbewerb ist jeweils unter dem Stichwort "Holterdipolter" möglich über:

- die Homepage der SPD-Landtagsfraktion: <http://fraktion.bawue.spd.de/>,
- die Homepage des ACE: <http://www.ace-online.de/>
- über die Facebook-Seite der SPD Landtagsfraktion: <http://www.facebook.com/pages/Stuttgart-21/108224185876018?v=stream#!/spdlandtagbw?ref=ts>





Es stand vor
10 Jahren
im Roten Fuchsle

Dazu, dass die CDU damals von ihren Spendenskandalen ablenken wollte

(...) Und wir, das Volk? Nun, es sind Millionen, die lieber Unsinn-Quasselradios anhören, die bei informativen TV-Sendungen sofort zur nächstdümmern Sendung wegzappen und allemal lieber irgendeinen „Soich“ anschauen, statt sich kundig zu machen. Wer aber nichts weiß, weil er nichts Informatives liest, anhört und ansieht, wem Zeitungs-Schlagzeilen mit 10 cm Höhe genügen und das Hirn zudecken, dem können Merkel, Merz und Co. freilich jeden Quatsch erzählen, und sie werden es ihnen glauben.

Berlin ist eine Reise wert

Dies meinte auch unser langjähriges Mitglied und Stadtrat Walter Böttle. Er hatte an einer Berlinfahrt für politisch interessierte Bürger teilgenommen. Kleine Besonderheit: Gorbatschow kreuzte den Weg der Besuchergruppe.

... und einige weitere Überschriften der Novemberausgabe von 2000

- Kohls Probleme
- Was geht uns denn schon ein Brandanschlag auf Synagogen an?
- Vorteil oder Dummenfang (über eine SPD-Card, die angeblich Vorteile beim Einkaufen einräumte)
- Und wenn die SPD 1989/90 wirklich nicht bloß Juhu schrie ...?
- Die Bigottischen in Jerusalem (Zur Erinnerung: dort gibt es einen arabischen und einen jüdischen Teil!)
- Christa Rinker fordert: Spielplatz am Schlehenweg besser ausstatten
- Über Schulstatistiken im Wahlkampf: Traue keiner Statistik, die du nicht selbst gefälscht hast

(A)bgestimmt — wie?

's Rote Fuchsle berichtet, wie einige unserer Mandatsträger/-innen in letzter Zeit abgestimmt haben. Sie haben dies freundlicherweise mitgeteilt. Danke!

j = ja, zugestimmt — n = nein, abgelehnt — e = enthalten

Hilde Mattheis MdB

1	Antrag der SPD: Urteil des Bundesverfassungsgericht zur Bemessung der Regelsätze umsetzen	j
2	1. Lesung, GKV-Finanzierungsgesetz	n
3	1. Lesung, Änderung des Atomgesetzes	n

Martin Rivoir MdL

1	Atomkraftwerke abschalten	j
2	Änderung der Landesverfassung	j
3	Änderung des Landespersonalausweisgesetzes	j

Klärle Dorner, Kreisrätin

1	Einrichtung Jobcenter (Kreis und BA f. Arbeit)	j
2	Einrichtung Pflegestützpunkt ADK (Ehi/Ulm)	j
3	finanz. Förderung Kinder- u. Jug.-Sozialarb. (Schulen)	j

Martin Rivoir MdL (SPD) zu S21

Persönliche Erklärung zum Thema "Volksentscheid und Baustopp"

Bei der Diskussion in der Landtagsfraktion habe ich mich gegen die Forderung nach einem Volksentscheid und gegen einen Baustopp ausgesprochen. In der anschließenden Abstimmung habe ich gegen die beiden Vorschläge gestimmt.

Ich bin der Meinung, dass die über viele Jahre in vielen Gremien unserer repräsentativen Demokratie mit großer Mehrheit herbeigeführten zahlreichen Beschlüsse dem Projekt „Stuttgart 21“ genügend demokratische Legitimation zur umgehenden Realisierung geben. Es muss jetzt nach über 20 Jahren Diskussion und Planung endlich gebaut werden. Alle angebotenen Alternativen sind nicht mehr als ein Stück Papier und in den nächsten 20 Jahren nicht realisierungsfähig. Jede weitere Verzögerung führt unweigerlich zu einer weiteren Verteuerung des für Baden-Württemberg insgesamt und für unsere Region ganz besonders wichtige Zukunftsprojekt.

Bei einer eventuellen Abstimmung im Landtag werde ich als nur meinem Gewissen verpflichteter frei gewählter Abgeordneter im Interesse der Ulmer Region gegen alle Vorschläge zu Volksabstimmung und Baustopp stimmen. ■



(L)eserpost I

Lieber Ludwig,
vielen Dank fürs Rote Füchsl.
... nur ein OB Kandidat - das ist wirklich schade. Das kann ich nicht verstehen, eine tolle Möglichkeit politisch zu arbeiten (ich habe einmal in Eberbach kandidiert...) und gerade in der Kommunalpolitik ist man mitten im Geschehen.

Jedenfalls eine prima Arbeit - Deine Arbeit.

Liebe Grüße,

Lothar Binding MdB
Heidelberg

Anmerkung: Füchsl-Leser Lothar Binding war am 12. Juli 2010 bei uns im Ortsverein zu Gast, um uns zum Thema "Schwarz-Gelbes Sparpaket - eine Gefahr für den sozialen Frieden und den Standort Deutschland?" zu informieren.

(L)eserpost II

Ich hab bei meiner Verwandtschaft auch in jenes Horn geblasen, von wegen wo wart ihr denn vor Monaten, als in Stuttgart noch was zu erreichen gewesen wäre ...

Da hat mich mein Schwager, ein wackerer Stuttgarter, samt seinen Kids dann aufgeklärt, dass sie mit vielen tausenden Stuttgartern von Anfang an jeden Montag demonstrieren

waren. Zum Teil enorm viele Menschen, aber eben mit enorm wenig Echo in der Presse ...

Das Leben findet scheinbar auch dann statt, wenn wir nicht davon in der Zeitung lesen!

Ilona Röller
Emerkingen

(L)eserpost III

Seit Donnerstag (30. 9. 2010, Tag der Zwangsräumung in Stuttgart) rege ich mich tierisch auf. Was da in Stuttgart gelaufen ist, ist eine Riesensauerei ... Das umschreibt es noch gar nicht, mir fehlen schlichtweg die Worte, so entsetzt und empört bin ich ...

Auch wenn dieses Wahnsinnsprojekt nicht aufgehalten werden kann, finde ich es trotzdem klasse, dass sich die Menschen nicht mehr wie dumme Schafe behandeln lassen und endlich aufstehen und ihre Ablehnung lautstark und zahlreich demonstrieren.

Die Reaktion der Landesregierung am Donnerstag hat gezeigt, dass das nicht erwartet wurde und dass man vor allem überhaupt nicht damit umgehen kann. Das einzig Gute daran ist, dass es nun für bundesweite Aufregung und Empörung gesorgt hat. Ich glaube, dass Schwarz-Gelb nun derart an Ansehen verloren hat, dass es für die

kommenden Wahlen für die uns-für-dumm-verkaufen-wollenden Parteien nicht mehr einfach sein wird.

Hoffe, dass Rech nun zurücktritt, Rambo Mappus hat es eh verschissen, egal was er jetzt noch tut.

Jetzt muss ich aufpassen, dass ich mich nicht wieder reinsteigere ... diskutiere seit Freitag mit allen möglichen Leuten drüber und jedes Mal rege ich mich so derart auf, dass es mir fast den Hut lupft.

Michaela Terrasi
Ulm

(L)eserpost IV

Liebe Füchsl-Redaktion, könnt ihr mich in euren Verteiler aufnehmen? Ich kriege immer wieder mal Hinweise auf lesenswerte Artikel im Roten Füchsl. Glückwunsch übrigens zur September/Oktoberausgabe. Vor allem die Berichte zu OB-Kandidat Baumann und die Darstellung zu S21 fand ich sehr gut und informativ!

Dr. Christian Rak
Ehingen

(L)eserpost V

Ich danke herzlich für das interessante und informative Füchsl.

Anne Stierle
Ehingen

Nachruf

Unser Mitglied

Gustav Malejko

* 19. 9.1923 — + 26.9.2010
ist verstorben.

Wir danken ihm für langjährige Mitgliedschaft.

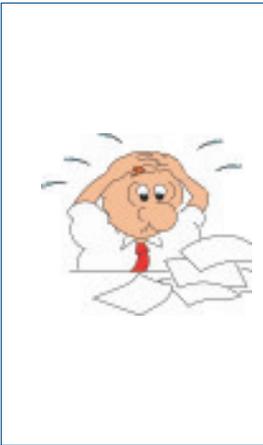
Für den Ortsverein
Klärle Dorner

Zur Abwechslung mal so rum

Der Kunde ist ... der König

Der Kunde stellt abends sein Auto ab und will es am anderen Tag ganz normal wieder starten. Doch nichts geht, eine Fehlermeldung leuchtet auf: "Parkbremse defekt." Nach kurzer Schrecksekunde geht alles ganz schnell: Anruf beim Autohaus. Der Werkskundendienst (in Köln) ruft nach 15

min an. Nach einer halben Stunde wird das Auto geholt. Kosten übernimmt Renault. Ein Ersatzauto wurde angeboten - mit Hängerkupplung. Bald ist das Auto wieder flott. Der Kunde bezahlt die neue Batterie. Das war's. Am Tag danach ruft der Werkskundendienst erneut an und fragt, ob der Kunde zufrieden sei. Ja, ist er! Sehr sogar. ■



Die Parteien wirken bei der politischen Willensbildung des Volkes mit. (Grundgesetz Artikel 21)

's Rote Fuchse hat wieder seine Leserschaft* gefragt, was sie von aktuellen Fragen hält.

(R)umgefragt

*Lust mitzumachen, auch wenn du auswärts wohnst?
Gerne! Einfach E-Mail an Rotes.Fuechsle@t-online.de



Das war die Frage:

Stuttgart 21 - SPD, was nun?

Sorry, aber bei diesem aufgeheizten Thema möchte ich nicht auch noch dazu beitragen, dass unsere Demokratie weiter beschädigt wird.

Elisabeth Couvigny-Erb
89134 Blaustein

Ich glaube, dass es mittlerweile in Stuttgart nicht mehr unbedingt nur um den Bahnhofsausbau geht, sondern die Sache weitet sich aus und spiegelt die allgemeine Unzufriedenheit der sogenannten schweigenden Mehrheit mit der Politik wider.

Nach wie vor glaube ich persönlich, die Tieferlegung des Stuttgarter Bahnhofs sollte realisiert werden, ebenso die Strecke Wendlingen - Ulm. Der gesamte süddeutsche Raum wurde in den vergangenen Jahren verkehrspolitisch sträflich vernachlässigt. Zwar gibt es immer wieder Ansätze zur Aktivität und manchmal werden auch kleinere Projekte realisiert, im Grunde genommen aber immer Flickschusterei. Mal dort eine dritte Spur, dort eine Ortsumgehung und hie und da auch an dem einen oder anderen Schienstrang etwas modernisiert.

Ich werde den Eindruck nicht los, hier soll der Bürger ruhig gestellt werden. In Wirklichkeit ist in Süddeutschland grundlegend nichts passiert. Es fehlt eine große Ost-West-Verbindung auf der Straße und auf der Schiene.

Und was macht die SPD? Erst ist die Landtagsfraktion komplett für das Projekt Stuttgart 21. Nachdem sich Bürgerprotest regt, schwenkt sie um und verlangt populistisch gesehen sehr wirkungsvoll eine Bürgerabstimmung. Tatsächlich wird unsere Partei jetzt als Umfaller oder Windfahne wahrgenommen. Das kann nicht das Ziel sein.

Mir wäre lieber, die SPD nimmt klar zu Stuttgart 21 eine positive Stellung ein und lanciert das auch so in die Öffentlichkeit, für eine Bürgerbefragung oder Bürgerabstimmung ist es bereits zu spät.

Und noch eins, bei ähnlichen großen Projekten im Norden unserer Republik wurde auch protestiert, aber immer gelang es der Politik, dies zuletzt als positiv zu verkaufen. Also verwenden wir unsere politische Kraft dafür, eine globale Verkehrsstruktur für den

süddeutschen Raum zu fordern, auf Straße und Schiene.

Lutz Deckwitz
Mühlen

Gerne gebe ich meine Position zu Stuttgart 21 weiter.

Die "Stuttgarter" regen sich über den Verlust ihres alten, heruntergekommenen und steinzeitlichen Bahnhofes auf. Sollen sie doch. Doch genauso könnte sich der Rest des Landes über die Dekadenz und Versnobtheit der Stuttgarter aufregen. Begründung:

Für das Land BW und insbesondere für die Bereiche östlich und südöstlich von Stuttgart hängt wesentlich mehr von der Umsetzung des Projektes ab, als sich der Normalo in S dies vorstellen kann. Jahrzehntelang hat man unnötig in den Kessel nördlich der Alb (Stuttgarter Bebauungszone) investiert und die anderen Regionen schamlos vernachlässigt. Da die Politik eine Umfahrung des Molochs Stuttgart ablehnt, so muss eben auf den vorhandenen spärlichen Grundstücksreserven modernisiert werden. Schließlich haben alle Baden-Württem-



berger das gleiche Recht auf Entwicklung. Der Zenit des Wartens außerhalb Stuttgarts ist erreicht. Jetzt sind wir dran. Im Übrigen könnten viele es den Stuttgartern heimzahlen. Niemand hat sie vor Jahren gefragt, ob die Betonbunker für die Landeswasserversorgung in den Vorgärten anderer, vom Bodensee bis ins Donauries bei Burgberg/Langenau, willkommene Baumaßnahmen waren, da es sich fast ausnahmslos und in erster Linie um die Versorgung Stuttgarts handelte. Auch hier wurden Einsprüche einfach übergangen. Sollen sich die Stuttgarter doch aus ihren eigenen Ressourcen das Wasser generieren. Wenn dies umgesetzt wird, werden auch viele bereit sein, auf S21 zu verzichten.

Für die SPD bedeutet dies klar: Ja zu S21 oder aber Stuttgart den Rücken kehren und die weitere Entwicklung des Landes ohne Stuttgart umzusetzen. Für mich stellt sich immer noch die Frage: Wo waren die Gegner, als es um die Ausschreibungen und Planungen ging? Da wäre der richtige Zeitpunkt gewesen, um sich bemerkbar zu machen. Jetzt muss man lediglich darauf achten, dass die Kosten in erträglichem Rahmen bleiben. Als Vergleich ziehe ich hier den Umzug der Regierung nach Berlin heran. Die Kosten sind bis heute nicht bezahlbar, und es werden nach wie vor horrenden Summen für den Transfer zwischen Berlin und Bonn gezahlt. Auch eine Bauentwicklung und -umsetzung, wie sie dort betrieben wurde und immer noch wird, ist volkswirtschaftlich nicht zu vertreten und unnötig wie ein Kropf.

Hier muss ebenso ein Riegel vor. Arbeitnehmern der freien Wirtschaft wird zugemutet, an den Ort der Arbeitsstätte zu ziehen (Übergangsfristen max. 2 Jahre). Gleiches kann von Staatsdienern erwartet und ihnen zugemutet werden.

Es gäbe noch weitaus mehr Gründe und Argumente für S21 und eine Abkehr der dogmatischen Bevorzugung des Bereiches Stuttgarts. Solange sich hier die Einstellung nicht ändert, wird "Stuttgart" stets ein Hemmschuh und Bremsklotz für eine gerechte und einvernehmliche Landesentwicklung sein.

Fazit: Frühzeitig die Gedanken schärfen und die Notwendigkeiten öffentlich machen, auch wenn es unpopulär ist. Dies erspart Ärger, Gewissenskonflikte und dient der Vertrauensschaffung. Die Glaubwürdigkeit steht so nie unter Beschuss und man kann allen Ereignissen beruhigt entgegensehen. Ein Hecheln nach Anerkennung und "Stimmen" braucht nicht zu erfolgen. Die mündigen Wähler honorieren Beständigkeit und Nähe. Zwar nicht immer sofort, aber doch langfristig. Die SPD hat den gezeigten Populismus und das Schönreden nicht nötig. Die Wurzeln waren "handfeste soziale Ausrichtung, Bodenständigkeit und Gemeinwohl". Diese Tugenden würde ich mir für die Zukunft wieder wünschen.

Gottfried Dirmeier
Ehingen

Meine Antwort dazu soll keine Aussage in Bezug auf die Sinnhaftigkeit des Projektes darstellen. Da bin ich mir immer noch unklar. Was mich dabei eher bewegt, ist die Frage: Wie soll sich die SPD jetzt verhalten?

Ist sie für Stuttgart 21, dann verprellt sie die Gegner dieses Projektes. Ist sie plötzlich dagegen, wird es ihr keiner glauben. Außerdem gäbe es einen Riss durch die Partei, weil immer noch viele SPD-Mitglieder die Entscheidung, wie sie derzeit steht, für richtig erachten und sich teilweise sogar dafür verkämpfen.

Ich finde es auch in Ordnung, dass in unserer Partei verschiedene Sichtweisen über die Sinnhaftigkeit dieses Projektes vorhanden sind. Zumindest, dass man bis vor kurzem auch durchaus für S21 sein konnte. Inzwischen kamen aber so viele neue oder bislang zurückgehaltene Erkenntnisse auf den Tisch, dass die Zeit unbedingt genutzt werden sollte, die Bedenken zu sichten und sich gegebenenfalls neu zu positionieren.

Der Weg der Volksbefragung stellte einen ehrenhaften und gangbaren Weg, der die bisherigen Befürworter und Kritiker dazu zwingen würde, umfassend zu informieren und die Fürs und die Widers darzulegen. Schwierigkeiten wird es sicher bei der Formulierung der Fragestellung geben. Außerdem sollte diese Befragung auf sehr breiter Basis stattfinden, damit nicht durch ein paar durch Privatinteressen motivierte Gruppierungen letztlich über das Projekt entschieden wird. Ich halte aber unsere Bürgerinnen und Bürger für so demokratiefähig, dass sie das hinbringen würden. Wäre aber eine riesige Aufgabe für die SPD.

Klärle Dorner
Griesingen

Ein der am meisten diskutierten Dinge im Ländle ist mit Sicherheit momentan Stuttgart 21.





Prinzipiell bin ich für eine Verbesserung der Eisenbahninfrastruktur, die meist schon über 100 Jahre alt ist und selten mit den Verkehrsströmen der letzten Zeit gewachsen oder verändert wurde. Verbesserungen wird die Eisenbahn als ökologischer Verkehrsträger der Zukunft brauchen - jedoch zu welchem Preis?

Für ein Projekt der Zukunft, das aus betrieblicher und wirtschaftlicher Sicht das Beste vereint, was sich jeder wünscht, ist sicher jeder Bürger im Land bereit gewisse "Opfer" zu bringen.

Diesen frohen Wünschen kann jedoch die jetzige Stuttgart 21-Planung in wenigen Punkten gerecht werden. Nachdem von der Landesregierung kritische Gutachten, die erhebliche Planungsmängel und Engpässe aufzeigten, über Jahre zurückgehalten wurden und mehrere geologische Probleme kleingeredet wurden, gehe ich nicht davon aus, dass der Bürger außer Kosten etwas Brauchbares bekommen wird.

Die Koppelung des Bahnhofneubaus mit der Neubaustrecke als solches war in meinen Augen ein großer politischer Fehler, auch hier hat sich die SPD blenden und vielleicht auch durch die städtebaulichen Möglichkeiten in Stuttgart verleiten lassen.

Jedoch auch hier stimmen längst die Planungszahlen nicht mehr, da sich der Marktpreis der Immobilie Hauptbahnhof konjunkturell verändert hat und die erhofften Zahlen sicher nicht erreicht werden können.

Jedoch eine der größten Schweinereien im Lande ist

der Umgang mit Gegnern dieses Projektes. Selbst MDL, die gegen das Projekt sind, wurde der Zugang zum Bahnhof bei der 1. Prellbockanhebung vom Sicherheitsdienst verwehrt und das, nachdem die Deutsche Bahn über Jahrzehnte mit Steuergeldern subventioniert werden musste.

Dass jedoch ältere Mitbürger und Jugendliche von der Staatsgewalt (Polizei) noch härter und brutaler angegriffen werden als jeder randalierender Fußballrowdy, schlägt dem Fass den Boden aus.

Diejenige Mittäter, die diese Aktionen befohlen haben oder veranlasst, gehören ohne Pensionen aus dem Amt gejagt.

Sind wir in dieser schwarzen gelben Regierungssuppe schon so weit wieder, dass friedliche Demonstranten und Bürger mit anderer Meinung zusammengeknüppelt und "begast" werden?

Kommt dann Morgen schon der LKW und holt die Leute nach Dachau ab???

Die ehemalige FDJ-Gruppenleiterin Angela Merkel sagte unlängst in der Presse, dass die Bürger im März ja darüber entscheiden werden.

Zeigen wir ihr unsere Entscheidung und machen mobil: Alles außer Schwarz-Gelb oder Braun!!!

Stefan Enderle
89584 Ehingen/Donau

Ich will mal versuchen auf die Frage "Stuttgart 21 - SPD, was nun?" eine Antwort zu geben, man wird mir sicher zustimmen dass dieses Unterfangen zu den Schwierigen seiner Art zählt.

Unsere SPD hat aus meiner Sicht neben einigen anderen

einen entscheidenden Fehler gemacht, sie hat sich mehr oder weniger ungeprüft auf die Linie des Stuttgarter Genossen Kußmaul begeben. Dieser will das Prestigeobjekt unter allen Umständen in seiner Stadt haben. Da kam die Vereinigung der beiden Teilvorhaben S21-Bahnhof / Anbindung und Neubaustrecke (NBS) Ulm-Stuttgart, getrieben durch Herrn Oettinger, gerade recht.

Die nötigen Beschlüsse wurden vor dem Hintergrund von schön gerechneten Zahlen und von unter dem Deckel gehaltenen Risikoanalysen bzw. Wirtschaftlichkeitsbetrachtungen getroffen.

Über den wahren Antrieb, gewinnträchtigste Immobilienprojekte auf 25 ha freier Stadtfläche, wurde am liebsten geschwiegen.

Ich habe es an anderen Stellen schon geäußert, vorwärtsgerichtete Politik muss auch in der Lage sein, Fehler einzugehen und den Mut aufbringen, die Legitimität getroffener Entscheidungen auf den Prüfstand zu stellen.

Die SPD muss nun Farbe bekennen. Ob da der geforderte Volksentscheid bei der restriktiven Verfassungslage in BW hilft oder eher schadet, soll mal dahingestellt bleiben.

Ein ehrliches Bekenntnis zu Grün-Rot nach dem 27. März 2011 ist dringend erforderlich und kann am besten durch eine klare Absage an Schwarz-Rot untermauert werden.

Mit jeder Verbalattacke auf Die Grünen verliert die SPD weiter an Glaubwürdigkeit und vor allen Dingen an Vertrauen.

Das kann sich die SPD in der



Fortsetzung von Seite 17

Nach-Schröder-Zeit am wenigsten leisten.

Karl-Heinz Irgang
Blaubeuren-Gerhausen

Das Bauvorhaben Stuttgart 21 hat alle demokratischen Hürden, die es für ein solches Projekt gibt, hinter sich. Daher ist der Weg zur Ausführung des Vorhabens eigentlich frei. Aber ein solcher Massenprotest kann nicht einfach ignoriert werden. Die beste Lösung wäre ein Volksentscheid.

Gerhard Müller
Ehingen

Aus der Sicht eines Südbadeners ist Stuttgart 21 schon ein Unding. Das ungeheuer viele Geld gehört in andere, dringendere Verkehrsprojekte gesteckt:

Die meisten Straßen - von der Landstraße bis zur Autobahn - sind in unserem Landesteil in einem erbärmlichen Zustand.

Beim Ausbau der Oberrheineisenbahn fordern die Betroffenen (bisher mit wenig Erfolg), dass bei Lärmschutz und Trassenführung deutlich nachgebessert wird.

Bleibt zu hoffen, dass durch

den mutigen schwäbischen Protest sich bei euch und auch bei uns was tut.

Übrigens habe ich die Haltung der Landes-SPD-Führung, für S21 zu sein und jetzt entsetzlich rumzueiern, nie verstanden. Und welche Rolle der Herr Drexler in diesem Stück spielt, ist mir auch nicht klar.

Detlef Steiger
Freiburg/Breisgau

Was soll ich zu Stuttgart 21 schon sagen, was nicht schon längst alles gesagt worden wäre? Dafür oder dagegen ist auch schon lange nicht mehr die Frage - Stuttgart 21 ging ja durch alle Gerichte und ist damit gesetzlich und verfassungsrechtlich legitimiert.

Ein bisschen billig und fast schon von schäbigem Opportunismus halte ich jetzt unseren SPD-Schwenk zum Bürgerentscheid - als ob der etwas nützen und uns großartige Sympathien einbringen würde. Das Kind ist schon lange vorher in den Brunnen gefallen und dort auch ertrunken - als erste vorsichtige Bedenken der Park- und Bahnhofslandschaft-Zerstörung wegen angemahnt wurden; war es nicht auch unsere SPD-Spitze, die

alles wegbügelte und sich stark für Stuttgart 21 machte?

Der Bahnhof wird wohl gebaut werden - ob ich das will oder nicht. Wichtiger fände ich, wie sich das Verhältnis zwischen Regierenden und Regierten, die das sie wählende Volk ja sein sollen, in Zukunft gestalten wird. Und das dürfte auch Aufgabe der Parteien sein - die Entfremdung zwischen Volk und Staat zu verhindern, indem wir eine ehrliche und bürgernahe Arbeit machen. Außerdem gilt es zu verhindern, dass Deutschland in einer bloßen Dagegen-Republik erstarbt, in der nichts Zukunftsweisendes mehr umgesetzt werden kann.

Von daher müsste ich mich Gauck eigentlich anschließen und mich für eine Durchsetzung von Stuttgart 21 einsetzen.

Damit sollte das Vorgehen der Regierung gegen die Stuttgart 21 Gegner auf keinen Fall entschuldigt werden. Die müsste sich nämlich fragen, was sie falsch gemacht haben, dass so viele Bürger in Stuttgart gegen das Projekt sind, und es dann nach einem echten Dialog vielleicht doch noch in gewissen Punkten abändern.

Dieter Volgnandt
Ehingen ■

Schröder auf USA-Reise bei Bush.

Bush sieht Doris Schröder und fragt den Kanzler: "Is this your First Lady?" - Schröder sagt: "No, my fourth!"

Angela Merkel steht vor Petrus.

"Himmel oder Hölle?" fragt dieser. "Tja", sagt Angela Merkel, "da müsste ich schon vorher beide

Möglichkeiten prüfen." "OK, kein Problem," erwidert Petrus. Dann führt er sie zunächst in den Himmel. Dort herrscht ruhige Gelassenheit. In der Hölle aber sieht sie eine ausgelassene laute Partygesellschaft. Nach der Besichtigung entscheidet sich Angela Merkel sofort für die Hölle. "Das ist kein Problem", meint Petrus, "allerdings benötige ich ein wenig Zeit, um

die Papiere fertig zu machen". Eine kleine Weile später betritt Angela die Hölle und findet ein schrecklichstes Szenario vor. Mit vor Entsetzen geweiteten Augen wendet sie sich von dem Schreckensbild ab und fragt Petrus, wo die fröhliche Party denn geblieben sei. "Ja", sagt da Petrus, "das war vor der Wahl!" ■



Können wir nicht feiern?

Tag der deutschen Einheit

Ludwig Dorner

Die Franzosen feiern jährlich am 14. Juli ausgelassen-fröhlich mit Musik und Tanz auf Straßen und Plätzen, mit Essen, Trinken und Feuerwerk den Jahrestag der französischen Revolution von 1789. Niemand denkt offiziell darüber nach, dass diese einst höchst blutig verlief. Die Schweizer feiern am 1. August ihren Nationalfeiertag, obwohl niemand weiß, ob es jemals einen Wilhelm Tell und einen Rütlichwur gab. So begann (sinngemäß) ein Beitrag im Roten Fuchsle vor genau 10 Jahren. Der Autor machte sich Gedanken, warum wir in Deutschland um alles in der Welt keinen würdigen Nationalfeiertag hinbekommen - außer damals der SPD-Ortsverein Ehingen - ;-)) — obwohl der Anlass (die deutsche Einigung) unblutig und historisch nachprüfbar verlief. Weiter stand wörtlich im Roten Fuchsle:

“Tag der deutschen Einheit, oder heißt er gar nicht so und war dies noch der frühere 17. Juni? Tag des Baumes, Tag des Kindes, Tag des deutschen Waldes, Tag der Frau, Tag der Bratwurst und weiß Gott was noch alles! Einer bleibt den meisten Deutschen so unbekannt und herzlich wurscht wie der andere. Nur ein paar wenige Betroffene oder amtlich Beauftragte nehmen jeweils pflichtgemäß Kenntnis. Lorbeer links, Lorbeer rechts, die Geige schluchzt, die Harfenistin zupft, der Redner hält die gleiche Rede wie im Vorjahr, und dann ist Stehempfang. ...

Darf es mit dem 3. Oktober auch so gehen, dass er fürs Volk nur interessant ist, wenn er geschickt zu millionenfachem langem Wochenende verhilft? Und wenn man Autobahnen, Nachbarländer und deren Einkaufszentren, einheimische Freizeitparks oder Fußgängerzonen und Cafés verstopft? Ist das alles?

Selbst die CDU, die doch fast ganz allein die Wiedervereinigung hingekriegt haben will, rührt in Ehingen keinen Finger. Kein Wiese(n)-Bier, keine

Blasmusik, kein Chorgesang, kein Cellospiel, keine Jazzgruppe (ausgeliehen von der FDP), keine Luftballons der Jungen Union, noch nicht mal ein Probetübchen Pattex. („Zusammen kleben, was zusammen gehört.“) Doch dies hätte ja an Willy Brandt erinnert, und überhaupt ...

Offenbar hat unsere kleine SPD in Ehingen als einzige Partei zum 3. Oktober etwas Passendes veranstaltet und auch öffentlich dazu eingeladen. Immerhin kam MdB Jürgen Meyer, tags zuvor noch in Brüssel bei der Grundrechtskommission, eigens deswegen zu uns ins AWO-Heim. Aber ein Oberbürgermeister oder einer seiner Stellvertreter oder Kommunalpolitiker anderer Fraktionen wurden bei uns nun doch nicht gesehen ... Die örtliche Presse hat sich wenigstens telefonisch kundig gemacht und danach berichtet. Es kamen auch keine Vorsitzenden so manchen örtlichen Vereins, die sich sonst bürgerlich und staatstragend sehen. Nix da! Selbst wollten sie den 3. Oktober im Verein gar nicht öffentlich zur Kenntnis nehmen, und natür-

lich wollten sie auch keinen Anstandsbesuch bei den Sozen machen, selbst wenn diese die einzigen waren, die feierten. Diese vaterlandslosen sozialdemokratischen Gesellen, die! Die darf man doch nirgends ranlassen ...

Ich kenne Leute, die immer noch von der „DDR“ reden und in die „DDR“ fahren. ...

Und das sollen wir nun auch noch feiern?“, denken sie und bedauern zutiefst, dass sie wegen des Solidarbeitrags ihr neues Auto nur mit 159 statt mit 160 PS kaufen können, und dass es drum auch nur auf lahmarschige 240 km/h kommt.

Dass wir Grund zum Feiern haben, dies, verehrte Leserschaft hat in Ehingen erkennbar wenigstens unser SPD-Ortsverein begriffen. Seid froh, wenn ihr dazu gehört! Und seid doppelt froh, wenn ihr mit gefeiert habt. Ja, seid sogar stolz darauf! Und die anderen sollen sich was schämen!”

(geschrieben: Nov. 2000!) ■



Griechen seit 50 Jahren in Ehingen

ΡΑΥΧΕΝ ΦΕΡΠΟΤΕΝ

Rauchen verboten

Erinnerungen und Gedanken eines Nicht-Griechen

Ludwig Dorner

Seit 50 Jahren gibt es jetzt Griechinnen und Griechen in Ehingen. Die Anfänge waren gewiss alles andere als einfach für die Menschen aus dem Süden. Raus aus der vertrauten Umgebung. Fern von Familie, Freunden, Bekannten, Nachbarn. Weg von der zuweilen auch gnadenlos heißen Sonne in das oft so nasskalte Deutschland. Schluss mit kleinbäuerlicher oder handwerklicher Tätigkeit nach dem Rhythmus des Tages. Hinein in industriellen Schichtbetrieb. Aber halt auch Hoffnung auf ein Ende andauernder Armut und Arbeitslosigkeit sowie Hoffnung auf Besserung. Unsere damaligen Gastarbeiter - von uns eingeladen! - erhofften sich - wenn auch nur für wenige Jahre und anfangs nicht auf Dauer - genau dasselbe wie die zahllosen deutschen Auswanderer, die es ins spätere Jugoslawien zog, ans Schwarze Meer, nach Russland, nach Australien und - natürlich - nach Nord- und Südamerika. Zum Jubiläum, das die Ehinger Griechen dieser Tage begingen, fielen mir einige Erinnerungen ein. Ich habe aber auch noch einiges Nachdenkliche zu den Feierlichkeiten beizutragen.

- Zur Überschrift in griechischen Buchstaben: So ein Schild war am Pförtnerhäuschen der ehemaligen Spinnerei Adolff (Ehingen, Adolffstraße) angebracht. Der Text war der unglückselige Versuch, den Begriff "Rauchen verboten" den vielen griechischen Gastarbeitern im Betrieb nahezubringen. Freilich hat die Firmenleitung das nicht übersetzt, sondern nur das deutschsprachige Verbot mit Hilfe griechischer Buchstaben auszudrücken versucht. Völlig unverständlich und peinlich.
- Als ich zu Beginn des Schuljahres 1971/72 nach Ehingen kam, besuchten die griechischen Kinder und Jugendlichen weder die Michel-Buck noch die eben neu gegründete Wenzelstein- (später: Längelfeld-)schule. Sie wurden alle von zwei griechischen Lehrern an der "griechischen Schule" unterrichtet. Diese Schule war im Tränkberg-Gebäude untergebracht und unterstand dem griechischen Staat, damals noch ein diktatorisches Obristenregime.
- Man suchte einen Lehrer, der diesen jungen Griechinnen und Griechen zusätzlich die deutsche Sprache ein wenig näherbringen sollte. Ich meldete mich, hatte ich doch eben ein Jahr in Frankreich hinter mir, wo ich an zwei Gymnasien Deutsch als Fremdsprache unterrichtet hatte. Freilich sprach ich Französisch einigermaßen gut.
- Mit Griechisch hingegen war außer winzigen Grundkenntnissen in Altgriechisch nichts los. Ich fühlte mich daher - anfangs erschrocken ob des eigenen Mutes - unheimlich erleichtert, als einer der griechischen Buben, als ich nach den Namen fragte, in grottenbreitem Schwäbisch antwortete: "Saget Se oifach 'Hans' zu mir!" Ein guter Anfang, auch für die Integration!
- Dieser 'Hans' (auf Griechisch natürlich eigentlich ein 'Tanni') lebt heute noch hier und seit Jahren als TSG-Trainer bekannt. Wie er leben nicht wenige ehemalige "Tränkbergschüler" in und um Ehingen. Oft sind längst auch ihre Kinder oder schon Enkel durch unsere hiesigen Schulen gegangen.
- Ein Mädchen aus dieser zweiten oder gar schon dritten Generation führte vor einigen Jahren in der Lindenhalle einen wunderschönen griechischen Folkloretanz in traditionellen griechischen Trachten an — und ein Vierteljahr später sprang sie fröhlich als Ehinger Fasnetshexle mit.





- Es gäbe noch viele Beispiele gelungener Formen von Integration, auch das langjährige Bestehen griechischer (oder italienischer) Speiselokale, in denen keinesweg "nur" Griechen (Italiener) verkehren, gehört dazu. Im ehemals "griechischen" Lokal "Pflug" auf dem Areal der jetzigen Raiffeisenbank verkehrten anfangs der 1970er Jahre hingegen praktisch nur Griechen. Ich kam deswegen hin, weil die griechischen Lehrerkollegen von der Tränkbergschule dort ihre Pausen bei griechischem Kaffee und Ouzo samt Vorspeiseteller zu verbringen pflegten. (...) Ich kürze jetzt etwas ab: Meine (unsere) eigene Hochzeitsfeier fand dann auch im griechischen "Pflug" statt. Integration ist keine Einbahnstraße!
- Wenn nun die Griechen fünfzig Jahre hier sind, dann sind es logischerweise auch ihre griechischen (!) Landsleute türkischer Sprache und Kultur sowie die Albaner, die Bosnier, die Italiener, die Kroaten, die Portugiesen, die Serben, die Slowenen, die Spanier, die Türken usw. Auch all diese Menschen haben

Grund, ihre fünfzig Jahre in Ehingen zu begehen und hofentlich bei aller Wehmut auch zu feiern.

- Finden solche Jubiläumsfeiern statt, so geht "man" auch hin: Was im Städtchen zum öffentlichen Leben gehört, nimmt teil. Oder man geht hin, weil man griechische Verwandte, Freunde, Nachbarn, Bekannte hat oder beruflich mit ihnen zu tun hat. Auch unser Ortsverein war zugegen, natürlich, wie immer und wie neulich auch in der Moschee. Alles war schön, alles gut, alles lieb. Die Feierlichkeiten waren bestens vorbereitet. Aber ...
- ... wenn wir einerseits die Griechen, Italiener, Türken und all ihre "Mit-Migranten" bei ihren Veranstaltungen auf deren Einladung hin sozusagen hofieren, so würden wir diese umgekehrt gerne auch öfters bei uns begrüßen!
- Es genügt nicht, kurz vor Kommunalwahlen einmal vorbeizuschauen, sofort auf beste Listenplätze zu pochen und sie teils auch zu bekommen und sich dann nie wieder sehen zu lassen — bis zur

nächsten Wahl. Schade, da werden seit vielen Jahren allerlei Chancen vertan. Integration findet auf vielen Ebenen statt, gewiss. Aber sie findet auch in den politischen Gremien wie der SPD statt.

Integration ist keine Einbahnstraße!

- Wenn die Griechen feiern, kommen "die Griechen" und ihre deutschen Gäste (ungeachtet dessen, dass längst viele "Griechen" usw. Deutsche geworden sind). Wenn die Türken feiern, kommen die Türken und ihre deutschen Gäste. Andere Besucher aber wurden jeweils nicht begrüßt. Warum besuchen sich die "ausländischen Mitbürger" nicht auch gegenseitig und warum werden gegenseitig nicht auch ihre Abordnungen eingeladen (?), erwartet und offiziell begrüßt? Auch hier gilt: Integration ist keine Einbahnstraße!

Schon EINE "Parallelgesellschaft" wäre eine zuviel. Elf und mehr davon allein in Ehingen sind erst recht viel zu viel.

Da gibt es wahrhaftig noch einiges zu begreifen und dann zu tun! ■

Absage an Sarkozy

Aus Protest gegen die Roma-Politik Frankreichs nimmt Evelyne Gebhardt MdEP nicht an der offiziellen Übergabe des Folgeberichts der Attali-Kommission teil.

„Ich kann die sozialdemokratischen Werte, für die ich einstehe, in Sarkozys Politik nicht wiederfinden“, so Evelyne Gebhardt.

„Frankreichs Vorstellung von Freiheit, Gleichheit und Solidarität ist mit der derzeitigen Politik Sarkozys nicht vereinbar. Die Schere zwischen Arm und Reich in Frankreich vergrößert sich stetig. Es ist falsch, die Ärmsten der Armen auszuweisen und damit noch stärker auszugrenzen“, betonte die sozialdemokratische Europaabgeordnete

Evelyne Gebhardt. „Als überzeugte Europäerin und Europa-Abgeordnete ist es mir unmöglich, einem Menschen die Hand zu reichen, der die Rechte der Bürger und Bürgerinnen Europas mit Füßen tritt“, fügt die Sozialdemokratin hinzu.

Hintergrund:

Im Juni 2007 wurde die Commission pour la libération de la croissance française von Sarkozy ins Leben gerufen, um einen Bericht zu verfassen, der Empfehlungen und

Vorschläge für die Wiederbelebung des Wirtschaftswachstums in Frankreich liefert. Am heutigen Freitagabend (15.6.2010) werden die Ergebnisse des Nachfolgeberichts in Paris vorgestellt. Nicolas Sarkozy hatte 2007 die SPD-Binnenmarktexpertin Evelyne Gebhardt aufgrund ihrer Verdienste bei der Wahrung des Sozialen in Europa in den Beraterkreis der Attali-Kommission berufen. ■



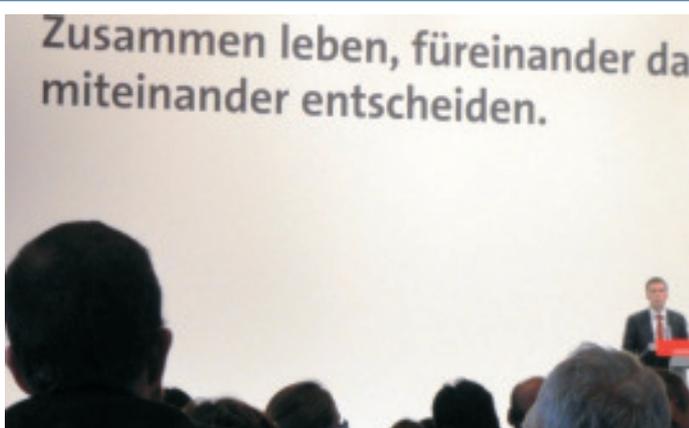
SPD-Landesparteitag am 16. Oktober in Ulm/Donauhalle

Parteitagssplitter



Aus der Rede von Dr. Nils Schmid

- Wir verstehen mehr als nur Bahnhof!
- Ich werde ein Ministerpräsident sein, der die Werte der Arbeit schätzt.
- Einsetzen für Mindestlohn!
- Die SPD hat dazugelernt.
- Gleicher Lohn auch für Leiharbeiter!
- Für Biogasanlagen und weitere erneuerbare Energien!
- Wenn Mappus sich mit der Atomindustrie zusammensetzt, vernachlässigt er Mittelstand und Handwerk.
- Sozialstaat nicht in Frage stellen!
- Sozialer Aufstieg durch Bildung: "Kein Kind und keine Begabung darf verloren gehen."
- Wir werden die Studiengebühren abschaffen.
- Sozialer Aufschwung durch Bildung muss möglich sein.
- Wir werden nicht immer alles besser wissen, wir werden auch zuhören können.
- Eltern und Großeltern müssen in der Zuversicht leben können, dass es ihren Kindern und Enkeln besser gehen kann.
- In meinem Wahlkreis Reutlingen haben über 50 % der Grundschulkinder einen Migrationshintergrund. Förderung der Integration ist ein Muss für unsere Gesellschaft.
- Der Prozess der Integration braucht Vorbilder, das heißt, auf beiden Seiten müssen Menschen mit gutem Beispiel vorangehen.
- Was dem Staat an Steuern zusteht, muss er auch bekommen: "Steuerhinterziehung ist kein Kavaliersdelikt." ■



Fotos (von oben): Nils Schmid bei seiner Bewerbungsrede als Spitzenkandidat zur Landtagswahl. Kleine Fotos (von links): Beifall für Nils Schmid. Claus Schmiedel spricht für Nils Schmid. ■

Mit 92% wurde Dr. Nils Schmid zum Spitzenkandidaten der SPD bei der Landtagswahl nominiert. ■



Bild oben: Erhard Eppler begrüßt die Rede von Nils Schmid. Er meint zu Stuttgart 21, die Zeit sei reif für plebiszitäre Elemente in der Demokratie.

(Ohne Bild) Gernot Erler MdB, eben von einer Chinareise zurück: Wenn die CDU-Landesregierung abgelöst wird, ist das nicht nur eine landespolitische Angelegenheit. Es hat auch globale Auswirkungen, wenn durch eine CDU-Abwahl im Land auch eine Bundesregierung Merkel in ihrer extrem einseitig wirtschaftsorientierten Position geschwächt wird.

Bild unten links: Tülay Schmid, türkischstämmige Ehefrau von Nils Schmid (übrigens in absolut einwandfreiem Deutsch): "Ich weiß, wie es ist, wenn man türkische Schulabschlüsse hat, die in Deutschland nicht anerkannt werden - nicht einmal ein Abitur. Ich weiß, wie es als (anfangs) junge, alleinerziehende Mutter ist, wenn man nicht weiß, woher man das Geld für eine neue Winterjacke hernehmen soll. S21 hat seinen Stellenwert, aber es wäre schade, wenn wir nichts anderes zu bedenken und zu beraten hätten." (hier teils sinngemäß zitiert) ■



Bild oben: Auch unsere beiden Landtagskandidaten nahmen am Landesparteitag teil; Alex Kübek (Erstkandidat) und Stephanie Bernickel (Zweitkandidatin).

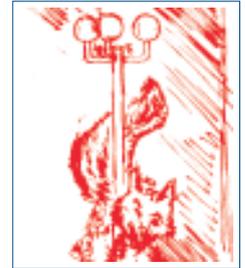


Bild links: Redaktionssitzung beim Parteitag. 's Rote Füchsele war diesmal als "Presse" zugelassen. ■





Herzlich willkommen



Zu unseren Veranstaltungen ergeht hiermit freundliche Einladung an alle Mitglieder, die Presse und eine gesamte interessierte Öffentlichkeit.

Dienstags-Treff öffentliche Mitglieder- versammlung

2. **Schwert**
November **Ehingen**
20.00 Uhr

Integration

- Aktuelle Viertelstunde
- Aktuelles: Gemeinderat Ehingen
- siehe Hauptthema
- Verschiedenes

Nächster Dienstagstreff:
7. Dezember 2010
Gaststätte Schwert

Termin-Vorankündigung

Mittwoch, 1. Dezember 2010
19.30 Uhr, Ehingen

Gute Arbeit - guter Lohn

Mitglieder des Ehinger KAB werden voraussichtlich teilnehmen.

Referent: Peter Niedergesäss,
KAB-Diözesansekretär, Ravensburg

* Katholische Arbeitnehmerbewegung



Bild oben: Stromgewinnung aus Wasserkraft: Wasser vom Silvretta-Stausee

60 plus

SPD

Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Seniorinnen + Senioren

Einladung zu unserem nächsten Treff am 17. November 2010 mal wieder bei Marianne Dieter in Blaustein - Beginn wie immer um 15.00 Uhr

Liebe ASS / 60plusler, bei herrlichem spätsommerlichen Wetter absolvierten wir letzten Mittwoch wieder in gewohnt großem Kreis unsere Gesprächsrunde und wurden hervorragend von unserem Vorstand des Naturfreundehauses verwöhnt. Der Gesprächsstoff war arg umfangreich und begann mit einer Geburtstagsrede unseres Emil Lehle zum 74. Geburtstag unserer Marianne. Viele aktuelle Tagesthemen mit lautstarken Diskussionen schlossen sich lebhaft an. Die Dätenerhöhung, Sttg. 21, Sarrazin, Gesundheitsreform schlossen sich an. Josef Epli lockerte mit seinem Protokoll-Gesangsvortrag die Gesprächsrunde etwas auf. Unser Vorsitzender bekam seine vielen Genesungswünsche nach etlichen Wochen Uniklinikaufenthalt gleich schriftlich mit. Bei unserem nächsten Treff dürfen wir uns auf einen weiteren, umfangreichen Vortrag freuen. Emil Lehle hat eine Ausarbeitung über das Leben und Schaffen des Machers / Industriellen Robert Bosch vorbereitet. Vielleicht findet dann auch Martin Rivoir den Weg zu uns, damit wir die neueste Entwicklung über Sttg. 21 aus Landtagssicht mitbekommen. Horst Feiler, 89171 Illerkirchberg ■